

Herrn
Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per E-Mail-Schreiben an
bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2050**

Verena von Hugo
Co-Vorsitzende des Vorstands
verena.vonhugo@boeb.net
Telefon: 0221 338 89 50

Sven Schumann
Co-Vorsitzender des Vorstands
sven.schumann@boeb.net
Telefon: 069 21 11 28 71

Düsseldorf, 14. September 2023

**Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/830
Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen,
Drucksache 20/978**

Sehr geehrter Herr Habersaat,

wir bedanken uns herzlich für Ihre Einladung zur Teilnahme an dem Anhörungsverfahren des Schleswig-Holsteinischen Landtags zur politischen und wirtschaftlichen Bildung (Drucksachen 20/830 und 20/978) und für die Gelegenheit, vorab eine schriftliche Stellungnahme einreichen zu dürfen. Im Namen des Vorstands und unserer Mitglieder beteiligen wir uns gerne an dem Anhörungsverfahren.

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) ist eine gemeinnützige Initiative von Lehrkräften, Verbänden, Stiftungen, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen uns für die feste Verankerung ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein – in angemessenem Umfang, fundiert vermittelt und verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Um dieses Ziel zu fördern, machen wir uns auch für eine bessere fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzen die Akteure der ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander. Aktuell unterstützen mehr als 100 überwiegend institutionelle Mitglieder das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

Die Ausgangssituation

Schleswig-Holstein bietet mit dem Fach Wirtschaft/Politik prinzipiell eine brauchbare Ausgangslage für die ökonomische und politische Bildung. Die zentrale Herausforderung besteht aber darin, dass in diesem Fach die ökonomische und politische Bildung nur zu jeweils 50 Prozent unterrichtet werden. Zwei im 21. Jahrhundert so bedeutsame Bildungsanliegen müssen mit dem Stundenkontingent eines Faches auskommen. Damit dies seriös machbar ist, müsste dem Fach mehr Platz im Curriculum zugesprochen werden als den monodisziplinären Fächern im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Dies wiederum wird in Schleswig-Holstein nicht sichergestellt, weil es keine verbindlichen Stundenkontingente für das Fach Wirtschaft/Politik gibt.

Damit hängt es de facto von den einzelnen Schulen ab, ob und in welchem Umfang das Fach Wirtschaft/Politik angeboten wird. Es ist möglich, dass Schülerinnen und

Bündnis Ökonomische Bildung
Deutschland e.V.

Florastraße 29
40217 Düsseldorf

E-Mail: info@boeb.net
Internet: www.boeb.net

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
Vereinsregister-Nr.: VR 38685 B
Steuernummer: 114/5870/6170
Registrierte Interessenvertretung
Lobbyregister-Nr.: R001819

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Sven Schumann und
Verena von Hugo (Vorsitzende),
Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger

Geschäftsführung:
Sylvia Hüls

BBBank eG, IBAN:
DE59 6609 0800 0008 5632 09
BIC: GENODE61BBB

Schüler eine weiterführende Schule ohne grundlegende ökonomische Kompetenzen verlassen.

Die Anträge der Fraktionen

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die bildungspolitischen Debatten im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Wir nehmen sehr wohl wahr, dass alle Fraktionen die Förderung nach mehr verbindlicher ökonomischer und politischer Bildung befürworten und unterstützen.

Die vorliegenden Anträge von FDP wie auch von CDU und Bündnis 90/Die Grünen fordern eine feste Verankerung von Ökonomischer Bildung in den Kontingenzstundentafeln. Die FDP fordert, das Fach Wirtschaft/Politik in der Kontingenzstundentafel schrittweise auszuweiten, so dass es mittelfristig bereits ab der Klassenstufe 5 flächendeckend unterrichtet werden kann. Demgegenüber sieht der Antrag der aktuell regierenden Parteien die Einführung eines verbindlichen Mindestkontingents des Faches Wirtschaft/Politik von vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I vor.

Sichtweise des BÖB

Um ökonomische Sachverhalte sachgerecht, pädagogisch sinnvoll zu behandeln und vielfältige Bezüge zu anderen gesellschaftswissenschaftlichen Perspektiven herzustellen, bietet ein Pflichtschulfach Wirtschaft den erforderlichen Raum. In Doppelfächern wie Wirtschaft/Politik ist eine hinreichende Vermittlung von ökonomischer Bildung möglich, sofern eine mindestens gleiche Gewichtung der ökonomischen Inhalte im Vergleich zu anderen Fachgebieten verankert wird. Bereits vor 20 Jahren hat die KMK gemeinsam mit Verbänden aus Schule und Wirtschaft empfohlen, mindestens 200 Stunden für ökonomische Inhalte in der Sekundarstufe I vorzusehen. Außerdem muss ökonomische Bildung fest im Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe verankert werden (inkl. Berücksichtigung im Zentralabitur).

Um dieser Forderung nachzukommen, möchten wir uns den Anträgen anschließen bzw. weitergehen. Wenn man sicherstellen möchte, dass sich Kinder und Jugendliche in der Schule zumindest sechs Wochenstunden in der Sekundarstufe I (2 Stunden pro Woche über drei Schuljahre) mit ökonomischer Bildung beschäftigen sollen und in einem Fach Wirtschaft/Politik noch einmal der gleiche Umfang an politischer Bildung hinzu kommt, dann muss dieses Fach von Klasse 5 an durchgehend mit zwei Stunden pro Woche verpflichtend im Fächerkanon verankert werden. Eine analoge Verankerung in der gymnasialen Oberstufe sollte damit einhergehen.

Wir sehen in der Verbindlichkeit einen wichtigen Schritt, allen Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein grundlegendes Wirtschaftswissen zu vermitteln.

Die Gründe für die Förderung ökonomischer Bildung möchten wir an dieser Stelle nochmals ausführen. Ökonomische Bildung ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil einer modernen und zukunftsgerichteten Allgemeinbildung. Sie vermittelt den Schülerinnen und Schülern wichtige Grundlagen, die sie auf ein selbstbestimmtes Leben in einer immer komplexeren Welt vorbereiten und sie dabei unterstützen, fundierte Entscheidungen zu treffen, Zusammenhänge zu verstehen und sich als mündige Bürgerinnen und Bürger zu behaupten.

Als Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe hilft ökonomische Bildung Menschen dabei, sich in einer Vielzahl von Lebenssituationen zurecht zu finden, Zusammenhänge zu verstehen und Urteils-, Entscheidungs- und

Handlungskompetenzen zu entwickeln. Dabei umfasst ökonomische Bildung eine Vielzahl an Facetten: Finanzkompetenz genauso wie Verbraucherbildung, Studien- und Berufsorientierung, Entrepreneurship-Denken, Wertebildung und ein Gesamtverständnis ökonomischer und wirtschaftspolitischer Zusammenhänge, das für die demokratische Teilhabe unerlässlich ist.

Einen besonderen Fokus möchten wir auf die Berufsorientierung legen. Vor dem Hintergrund, dass Jugendliche Unterstützung bei ihrer beruflichen Lebenswegplanung benötigen, und dass der fortschreitende Fachkräftemangel ein zunehmendes Problem für Gesellschaft und Wirtschaft wird, halten wir es für wichtig, das Fach Wirtschaft/Politik verbindlich in der Stundenkontingenztafel zu verankern und den Teilbereich der Berufsorientierung besonders zu berücksichtigen.

Das Fach Wirtschaft/Politik stärkt aufgrund seiner Kombination zudem die Mündigkeit der Wählerinnen und Wähler und leistet einen Beitrag zum Schutz unserer Demokratie. Ohne Wissen über Wirtschaft und Politik können junge Menschen die Strukturen und Funktionsweisen der modernen demokratischen Gesellschaft nicht verstehen und reflektieren. Zur Entschärfung der Schlüsselprobleme unserer Zeit brauchen wir mündige (Wirtschafts-)Bürgerinnen und Bürger, die antidemokratische Einstellungen erkennen und sich nicht populistischen Forderungen unterwerfen.

Aus den genannten Gründen empfehlen wir, das Fach Wirtschaft/Politik verpflichtend für alle Schulformen in dem genannten Rahmen zu verankern.

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland hat sich das Motto „Voneinander lernen. Miteinander gestalten“ gegeben. Unsere Arbeit besteht aus dem Dreiklang beraten, kommunizieren und vernetzen. Daher bringen wir uns gerne zur Förderung der ökonomischen Bildung in Schleswig-Holstein ein.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Verena von Hugo
Co-Vorsitzende des Vorstands

gez.

Sven Schumann
Co-Vorsitzender des Vorstands